



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21331 - 33
Fernschreiber 0286890

P/AVI/16 - 19. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Wer glaubt noch an den Storch?</u> Ein sozialpolitisches Kindermärchen Von Konrad Scheyer	60
3 - 4	<u>Wechsel im Weißen Haus</u> Der alte und der neue Präsident	75
5 - 6	<u>Lenin und das Selbstbestimmungsrecht</u> Vergessenes Parteiprogramm der russischen Kommunisten	75
7	<u>Bewährungsprobe nicht bestanden</u> Kai Uwe von Hassel blieb Antworten schuldig	20
7	<u>Ist "verherrlichen" dasselbe wie "vernarnlosen"?</u> CDU/CSU sorgen für neuen Gesetz-Dschungel	18

* * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen morgen einen Artikel von Willi Birkelbach, MdB, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

• Für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika

* * *

Wer glaubt noch an den Storch?

Ein sozialpolitisches Kindermärchen
Von Konrad Schayer

Die These, die Grenzen des Sozialstaates seien bereits erreicht, wenn nicht gar überschritten, bildet das A und O der Sozialpolitik der CDU/CSU. Diese Politik der Begrenzung des Sozialstaates ist aber der Regierungspartei gar nicht gut bekommen. Der Versuch, die arbeitenden Kriegsbeschädigten und Kriegervitwen bei der Neuordnung der Kriegscopferversorgung von jeder Leistungsverbesserung auszuschliessen - Blank: Die Grundrenten erhöhen, heisst "Unsummen vergeuden!" - ist gescheitert. Die zum Zwecke der "Ausschaltung von Bagatellschäden" geplanten Leistungsverschlechterungen in der Unfallversicherung - Wegfall von Unfallrenten unter 25 Prozent - sind zwar nicht aufgehoben, aber doch in aller Stille aufgeschoben worden. Das geplante Experiment am Krankenbett - einschneidende Kostenbeteiligungen und Verschärfung der vertrauensärztlichen Kontrollen - ist geplatzt. Die CDU/CSU hat sich damit bis auf die Knochen blamiert.

Das sind schlechte Zeiten für das kleine Häuflein in der CDU/CSU, das man etwas wohlwollend als "Arbeitnehmerflügel" bezeichnet. In schlechten Zeiten erinnern sich die Menschen gern besserer Tage. Darum ist es nur allzu verständlich, dass die Herren Storch und Katzer dieser Tage im Pressedienst ihrer Partei in Erinnerung an die Zeiten schwelgen, in denen man in der CDU/CSU noch nicht von der Notwendigkeit einer Begrenzung des Sozialstaates sprach. - In der Erinnerung erscheinen die Dinge bekanntlich häufig etwas verklärt. Wer will es da dem Storch verübeln, wenn er heute zum besten gibt, er selbst hätte die Rentenreform gebracht? Nur darf man von erwachsenen Menschen nicht erwarten, an solche Kindermärchen zu glauben!

Wie verhält es sich denn mit der Rentenreform in Wirklichkeit? Storch erzählt im DUD-Pressedienst vom 5. 12. 60, er und seine Regierung hätten die dynamische Rente, das heisst die Anpassung der Renten an den jeweiligen Lohnstand, "früher als DGB und SPD" erfunden. Das

19. Januar 1961

stimmt nicht. Tatsächlich war es, mit Verlaub zu sagen, die SPD, die als erste in Deutschland die Forderung aufgestellt hat, dass der Rentner "in gleicher Weise wie der Arbeitende an der Steigerung des Sozialproduktes teilhaben" soll. So wörtlich nachzulesen in den bereits 1952 veröffentlichten "Grundlagen eines sozialen Gesamtplanes der SPD". Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Verwirklichung des Gedankens der lohnbezogenen Rente in der vom Bundeskongress in Frankfurt im Jahre 1954 angenommenen Entschliessung zur Neuordnung des Sozialrechts gefordert.

Storch beruft sich auf seine Kabinettsverlage vom April 1955 "Grundgedanken zur Gesamtreform der sozialen Leistungen". Diese recht verschwommenen Grundgedanken enthielten aber keine Spur von dem Gedanken der Lohnwertrente oder dynamischen Rente. Storch kann auch nicht behaupten, die Regierung hätte als erste den Gedanken der dynamischen Rente in einem parlamentsreifen Gesetzentwurf formuliert. Auch in dieser Beziehung ist die SPD der Regierung zuvorgekommen. Die SPD hat dem Bundestag bereits im April 1956 einen Gesetzentwurf zur Rentenneuordnung vorgelegt, mehrere Wochen vor der Einbringung des entsprechenden Regierungsentwurfs. Kurzum: Das Kindermärchen vom Storch stimmt nicht.

Dieses Kindermärchen von der Entstehung der Rentenreform wird aber auch dadurch nicht glaubwürdiger, dass es von Herrn Katzer, MdB, im DUD-Pressedienst vom 9. dieses Monats erneut mit der treuherrlichen Bemerkung aufgetischt wird, Storch hätte selbst erzählt, dass er es gewesen sei. Anstatt aus der rauhen Wirklichkeit in das Reich der Märchen zu entfliehen, um damit zugleich der SPD eins auszuwischen, sollte sich Herr Katzer lieber um die noch unerledigten Schularbeiten kümmern.

Oder hat er schon vergessen, dass seine Fraktion am 29. September vorigen Jahres im Bundestag zugesagt hatte, sie würde zur Frage der Lohnfortzahlung für die Arbeiter über die Anträge der SPD sogar "hinausgehende Vorschläge" vorlegen und zwar schon "in den nächsten Tagen?" Wo sind diese Vorschläge denn geblieben?

Darum in aller Freundschaft: Katzer, lass das mausen sein!

Wechsel im Weißen Haus

lor - In seiner letzten an die Vereinigten Staaten und die Welt gerichteten Botschaft hat der ausscheidende Präsident Eisenhower die Regierungen eindringlich beschworen, "trotz aller Enttäuschungen den Konferenztisch und nicht das Schlachtfeld zu wählen, das sicheren Totenkampf bedeutet". General Eisenhower, Mitsieger des zweiten Weltkrieges, weiß von den unvorstellbaren Schrecken, den ein neuer Weltkrieg über die Menschheit bringen würde. Er hat während seiner achtjährigen Präsidentschaft mit viel redlichem Eifer, aber nicht immer von Erfolg begleitet, versucht, der durch den Gegensatz USA - Sowjetunion bedingten Weltspannung ihre Schärfe zu nehmen. Immerhin ist es ihm gelungen, den Korea-Krieg zu beenden, der unter seinem Vorgänger Truman ausgebrochen war. Es gab in den acht Jahren seiner Amtszeit äußerst kritische Situationen und manchmal schien es, als wäre der Sturz in den alle verschlingenden Abgrund unvermeidlich. Auf sein Konto kann Eisenhower es buchen, dass der Welt ein wenn auch unruhiger und stets gefährdeter Friede erhalten blieb. Die großen Gegenspieler, die Sowjetunion und das immer mächtiger werdende, seine Ansprüche als Weltmacht immer lauter anmeldende China haben es ihm dabei nicht leicht gemacht. Wo es notwendig schien, wie in der Suezkrise, im Libanonkonflikt Juli 1957 und im Falle Berlin, bewies Eisenhower die gebotene den Gegner beeindruckende und ihn deshalb vor Zornhitzen bewahrende Entschlossenheit.

Das deutsche Volk wird das Wirken dieses Mannes, der als Präsident einer der Mächtigsten der Welt war, in Ehren und Dankbarkeit gedenken. Keinen Staatsmann schlug eine so starke Welle überschäumender Sympathien entgegen wie Eisenhower anlässlich seines Besuches in der Bundesrepublik; hier drückte sich die Bewunderung für einen Mann aus, dem das Kunststück gelang, als ehemaliger Sieger die Herzen der Besiegten zu gewinnen.

Auf seinen Nachfolger John F. Kennedy wartet ein schweres Erbe. Das bürdenreichste Amt in der Welt lastet nun auf den Schultern eines 43-jährigen, auf den sich die Blicke und die Hoffnungen von vielen Millionen Menschen richten. Kennedy hat aus verständlichen Gründen in den letzten Wochen und Monaten über seine politischen Pläne und Absichten geschwiegen. Er war vollauf mit der Zusammenstellung seiner Regierungsmannschaft beschäftigt. Während sich Eisenhower mit Beratern umgeben hatte, die aus der grossen Industrie-, Geschäfts- und Bankwelt kamen, holte sich Kennedy seine engsten Mitarbeiter von den Hochschulen. Gelehrte und Wissenschaftler werden einen Einfluss auf die Gestaltung der amerikanischen Politik erhalten wie wohl zu keiner Zeit in der Geschichte der USA. Ohne Zweifel kündigt sich hier ein neuer der vielgeachteten Kompliziertheit der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts mehr angemessener Stil

an. Eine von den Erschütterungen des zweiten Weltkrieges geprägte, der Zukunft mit neuen Impulsen und Ideen begegnende Generation ist am Zuge. Es sind weltgewandte, die Welt kennende Persönlichkeiten dabei, die sich gründlich mit den Problemen unserer Zeit befaßten, wie Adlai Stevenson und Charles Bowlen; diesen Männern und auch dem neuen Außenminister Dean Rusk, ehemaliger Präsident der weltberühmten Rockefeller-Stiftung, braucht niemand zu sagen, in welcher Gefahrenzone sich die Welt befindet.

Es wäre vermessen, prophezeien zu wollen, in welcher Richtung sich die Schritte Kennedys bewegen werden. Er wurde gewählt und zur Führung der größten Weltmacht berufen, weil er mit einem Programm aufwartete, das eine im weitesten Sinne des Wortes genommene Belebung der Wirtschaftspolitik und den Ausbau der Sozialpolitik sowie nach aussen hin eine Verstärkung der amerikanischen Stellung in der Weltpolitik verkündete.

Kühnere und gedankenreichere Initiativen sind von ihm zu erwarten, auf dem Gebiet der Abrüstung etwa, auf dem es in der letzten Zeit so still geworden ist. Er wird hier einen neuen Anfang setzen und vielleicht eine glücklichere Hand haben als sein Vorgänger. Auf alle Fälle wird die Stimme der Vereinigten Staaten lauter und kräftiger zu vernehmen sein, und das muß auch ein Chruschtschow in Rechnung stellen.

Es spricht für die innere Festigkeit und Stärke der amerikanischen Demokratie, daß der Wechsel im Weißen Haus ohne die Bitterkeit der amerikanischen Nation sprengenden Erschütterungen erfolgt. Für die geschlagenen Republikaner mag das Ende ihrer Herrschaft und der Einzug des Demokraten Kennedy und seiner Mannschaft ins Capitol von Washington zwar schmerzlich sein, aber sie empfinden ihn gewiss nicht als eine nationale Katastrophe. Sie nehmen ihn hin als den legitimen Ausdruck des Wählerwillens, auch andere Männer und eine andere Partei beweisen zu lassen, was sie können. So hart der amerikanische Wahlkampf auch war, so hat doch keiner der Rivalen um den Präsidentenstuhl dem anderen Mangel an nationaler Zuverlässigkeit vorgeworfen. Mit dem jüngsten Präsidenten der Vereinigten Staaten, vor einem Jahr ausserhalb der USA ein Unbekannter, heute die meist diskutierte, von vielen Segenswünschen aus aller Welt begleitete Persönlichkeit beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Vereinigten Staaten und damit auch in der Weltgeschichte. Das Banner der Weltdemokratie in ihrem Behauptungskampf gegen totalitäre Bedrohungen liegt bei ihm sicher in guten Händen.

Lenin und das Selbstbestimmungsrecht

U.R. Das noch heute nominell gültige Parteiprogramm der KPdSU ist vor 42 Jahren, auf dem VIII. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei, beschlossen worden. Bis heute hat dieses Programm einen Dornröschenschlaf gehalten, der zwar nicht ganz so lang, aber ebenso tief gewesen ist. Erst die Ankündigung des Januarplenums des ZK der KPdSU erinnerte die Welt wieder daran, dass die Partei noch ein Programm besitzt. Das Programm musste sein Dasein in den Parteiarchiven fristen und in der Stalinschen Epoche war es nicht ungefährlich, sich des Programms und seiner Schöpfer zu erinnern. Bucharin, der in den grossen Reinigungsprozessen 1958 zum Tode verurteilt und auch hingerichtet worden ist, war namhaft an der Fassung des Programms mitbeteiligt. Auf dem VIII. Parteitag 1919, war er Berichterstatter für den Programmtext.

Wenn das alte Programm auch in den Archiven ruhte und der Mitgliedschaft der KPdSU fast unbekannt geblieben ist, so sind doch wesentliche ideologische und pragmatische Teile als richtungweisende Grundsätze betrachtet werden. Das betrifft vor allem den ersten Teil des Programms, in welchem eine Analyse des Kapitalismus aus bolschewistischer Sicht unternommen wurde. Das trifft aber auch auf jene Teile des Programms zu, die sich mit dem sogenannten Sozialchauvinismus - der Sozialdemokratie - beschäftigen. Desgleichen sind gewisse Punkte des Programms, die sich mit der Seelung und dem Inhalt der jungen Sowjetmacht befassen, auch in den folgenden Jahren als verbindlich anerkannt worden. Es ist interessant, z.B. über die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Programm zu lesen. Es heisst dort u.a.:

"Zur Überwindung des Misstrauens von Seiten der werktätigen Massen gegenüber den werktätigen Massen der unterdrückten Länder gegenüber dem Proletariat der Staaten, welche diese Länder unterdrücken, ist erforderlich:
Die Aufhebung aller Vorrechte irgendeiner nationalen Gruppe, die vollständige Gleichberechtigung aller Nationen, sowie die Zuteilung des Rechtes staatlicher Loslösung an die Kolonien und die unterdrückten Staaten ..."

(Die russische Formulierung ist flüssiger als die deutsche Übersetzung). Besondere Bedeutung muss man den Ausführungen Lenins zumessen, die er zu den Ausführungen Bucharins, der weit über die Ziele hinaus schoss, machte. Auf dem VIII. Parteitag erklärte er in seiner Rede zum

Programmwurf als Antwort und Replik zu Bucharins Vorstellungen zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen:

"Alle Nationen haben das Recht auf Selbstbestimmung - es lohnt nicht von den Hovtentotten und Buschmännern speziell zu reden. Die riesige Mehrheit, sicherlich neun Zehntel der ganzen Bevölkerung der Erde... fällt unter diese Charakteristik, denn alle Länder stehen auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen oder von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie... Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen fallenzulassen und statt dessen das Selbstbestimmungsrecht der Werktätigen zu setzen, ist grundfalsch."

Und weiter zur deutschen Frage sagte Lenin in diesem Zusammenhang:

"Die Bolschewiki haben, so sagt man, eine grosse Armee und wollen durch die Eroberung Deutschland ihren Bolschewismus irrthümlich verpflanzen... Wir müssen die Sache so anpacken, dass den deutschen Sozialverrättern die Möglichkeit genommen wird zu sagen, die Bolschewiki wollten ihr Universalsystem aufzwingen, das man angeblich auf Spitzen der Rotarmistenkajonette nach Berlin tragen könne. Verneint man aber das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, dann kann das so herauskommen..."

In seinen weiteren Ausführungen geisselt Lenin sarkastisch Bucharin und seine Anhänger, die das Selbstbestimmungsrecht in dem Programmwurf nur auf die Arbeiterklasse beschränken wollten.

Lenin betont dazu in seiner Rede ausdrücklich:

"Jede Nation muss das Selbstbestimmungsrecht erhalten..."

Die Führung der KPdSU hat vor einiger Zeit eine Kommission zur Erarbeitung eines neuen Programmwurfs eingesetzt. Auf dem XXII. Parteitag, der im Herbst dieses Jahres stattfinden wird, kommt dieser Entwurf zur Vorlage.

Die ideologische Grundlinie wird, das kann schon heute gesagt werden, auch in dem neuen Programm weiterbestehen. Strukturelle Veränderungen, die im Laufe der Jahre innerhalb der Sowjetunion vor sich gegangen sind, werden in den programmatischen Thesen neu formuliert werden. Darüberhinaus wird den Gegebenheiten des "kommunistischen Weltsystems" Rechnung getragen werden müssen. Schliesslich wird die "antagonistische Entwicklung des Kapitalismus in der Vergangenheit und in der gegenwärtigen Entwicklung"; ihren ideologischen Niederschlag finden. Zweifellos wird besondere Aufmerksamkeit den Kolonial- und Entwicklungsländern geschenkt werden. Dem atomaren Zeitalter und der Koexistenztheorie werden ebenso neue Leitsätze gelten, wie die Kriegstheorie durch Technik und Wissenschaft überholt worden ist.